

Stadt Leipzig
Herr Oberbürgermeister Burkhard Jung
04092 Leipzig

Leipzig, den 25. Juni 2014

An den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Sehr geehrter Herr Burkhard Jung,

wir sind eine größere Anzahl von Eltern, deren Kinder an die Außenstelle des Friedrich-Arnold-Brockhaus-Gymnasiums nach Schönefeld zwangszugewiesen wurden. Mit diesem Schreiben erklären wir uns nachdrücklich nicht einverstanden mit dieser Maßnahme und fordern Sie auf, entsprechend gegenzusteuern.

Wir können die Standortentscheidung der Stadt Leipzig für ein neues Gymnasium im Stadtteil Schönefeld nicht nachvollziehen, da diese nicht dem tatsächlichen Bedarf entspricht. In den Stadtteilen Südvorstadt, Zentrum, Plagwitz sowie Schleußig erhalten ca. 50% der Kinder eine Empfehlung für das Gymnasium, dort liegen die jeweiligen Anmeldezahlen bei bis zu 100% über der jeweiligen Schulkapazität oder es existiert gar kein Gymnasium. In Schönefeld erhalten ca. 30% der Kinder eine Gymnasialempfehlung und die Schulen im Nordosten der Stadt erreichen schon jetzt nur durch Zwangszuweisungen ihr volles Aufnahmepotenzial. Im Schulentwicklungsplan 2012 heißt es '**Bedingt durch die zumeist städtische Randlage liegen noch vorhandene Potenziale nicht im Raum des auftretenden Bedarfes. Die daraus resultierenden Entfernungen führen zur übermäßigen Verlängerung der Schulwege für die Schüler.**' Ein Gymnasium in Schönefeld ist darin nicht vorgesehen.

Gemäß Schulnetzplanungsverordnung ist unter anderem bei der Bedarfsprognose auch die Länge des Schulweges zu berücksichtigen. Wir bitten um Stellungnahme, weshalb die im Schulentwicklungsplan dargestellten Erforderlichkeiten und die in der SchulnetzVO beschriebenen Kriterien auf die zwangsumgelenkten Schüler aus Schleußig, dem Waldstraßenviertel, Gohlis, der Südvorstadt und Connewitz nicht zutreffen.

Mit der Standortentscheidung dieser Schule sind 90% der betroffenen Eltern nicht

einverstanden, sie ist somit nicht mehrheitsfähig. Hier wurde unserer Meinung nach eine grobe Fehlentscheidung getroffen, die dringend rückgängig gemacht werden muss.

Durch die Entscheidung, unsere Kinder an der Einrichtung in Schönefeld zu beschulen, entsteht aufgrund des weiten Schulweges, eine für Kinder und Eltern untragbare Situation.

Fazit: Wir wollen unsere Kinder weder auf einer Interimschule noch auf einem zukünftigen Gymnasium in Schönefeld beschulen lassen.

Es ist für uns völlig inakzeptabel, dass für die geplante Außenstelle Schönefeld noch kein schlüssiges, nur in den Grundzügen vorliegendes Konzept existiert.

Bei dem ersten Elternabend am Donnerstag, 19.6.2014 in der Brockhausschule waren drei Lehrer der Schule und drei Vertreter des Schulverwaltungsamtes Leipzig anwesend. Unsere Fragen zu Konzept und Ausstattung der Schule, Länge und Sicherheit des Schulwegs wurden entweder gar nicht oder nur unvollständig bzw. ausweichend beantwortet. Das bislang nur vage formulierte Konzept wurde uns als Vorteil verkauft, weil dadurch die Chance entstünde, uns als Elternschaft in die Gestaltung der neuen Schule einbringen zu können. Bei einer Beteiligung von mehr als 60 Eltern an der inhaltlichen Planung ist im schlimmsten Fall mit 60 unterschiedlichen Konzepten zu rechnen.

Außerdem handelt es sich hierbei um eine Schulform, für deren Gestaltung uns höchstwahrscheinlich die nötige Kompetenz und Fachkenntnis, geschweige denn Energie und Zeit fehlen.

Neben dem Schulweg und dem Nachteil des nicht Eingebundenseins in die Wohnumgebung entsteht durch dieses offensichtlich improvisierte Konzept eine Situation der Ungleichbehandlung von Schülern und Eltern aufgrund ungeklärter Sachfragen.

Noch nicht einmal die vollständige Ausstattung der Schule mit den erforderlichen Fachräumen und Lehrmitteln wurde uns zugesichert. Unsere Kinder haben ein Anrecht auf eine schulische Ausbildung, die der Ausbildung in den bestehenden Gymnasien entspricht und auf Wege, die sicher sind und der Wohnsituation in der Stadt angemessen sind. Sie haben ein Anrecht auf Gleichbehandlung.

Die Stadt Leipzig hatte 10 Jahre lang Zeit, um sich auf den momentanen Ansturm auf Leipzigs Gymnasien (´im Raum des auftretenden Bedarfs´) vorzubereiten. Dies wurde ganz offensichtlich nicht getan. Nun sind wir in keiner Weise einverstanden damit, dass diese fehlgeleitete bildungsplanerische Standortpolitik auf dem Rücken unserer Kinder ausgetragen wird!

Wir fordern daher:

- 1. Sofortige Prüfung der Möglichkeit jeweils eine zusätzliche 5. Klasse im:**
 - **Leibniz Gymnasium,**
 - **Thomasschule,**
 - **Friedrich-Schiller-Schule,**
 - **Immanuel-Kant-Gymnasium,**
 - **Anton-Philipp-Reclam-Schule (für die Kinder aus Zentrum, Gohlis, Plagwitz, Schleußig),**
 - **Louise-Otto-Peters-Schule und**
 - **Neue Nikolaischule (Südvorstadt, Connewitz, Marienbrunn) einzurichten.**

1.1 Dokumentation der Prüfung

- 2. Sofortige Prüfung eines alternativen Interimstandorts, zum Beispiel: ehemalige Erich-Kästner-Grundschule Ecke Georg-Schumann-/Lützowstraße; ehemalige Pablo-Neruda-GS Tarostraße; Containerschule Telemannstraße oder Containerschule Ecke Goya-/ Max-Planck-Straße**

2.1 Dokumentation der Prüfung

- 3. Beschulung am Interimsstandort Löbauer Straße wird nur im Ausnahmefall akzeptiert, nämlich dann, wenn Zusicherung auf Schulplatz in Telemannstraße oder Karl-Heine-Straße (oder anderem Gymnasium in Wohnnähe) ab Schuljahr 2016/17 bzw. 2017/18 gemacht wird.**

In Erwartung einer kurzfristigen Antwort und einer Einladung zum Gespräch verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Katja Kirsche und 23 Eltern betroffener Kinder

Stadtteile, in denen die Kinder leben und Schulweg in Minuten (nur Hinweg):

Zentrum West (Westplatz): 25 min

Gohlis: 30 min

Waldstraßenviertel, Connewitz, Musikerviertel: 40 min

Schleußig, Plagwitz, Südvorstadt: 45 min

Marienbrunn: 50 min